

Protokoll:	Ausschuss für Klima und Umwelt des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	37
		TOP:	4
Verhandlung		Drucksache:	-
		GZ:	
Sitzungstermin:	12.05.2023		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Fuhrmann, BM Pätzold		
Berichterstattung:	Frau Kübler, Herr Berger (beide Amt für Umweltschutz)		
Protokollführung:	Herr Haupt / as		
Betreff:	Sachstandsbericht der Streuobstfachstelle - mündlicher Bericht -		

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Dateianhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll ist sie in Papierform angehängt.

Frau Kübler (AfU) führt in diesen Tagesordnungspunkt ein und betont, Herr Berger sei seit Oktober 2020 im AfU beschäftigt. Die Personalstelle und die entsprechenden Fördermittel seien vom Gemeinderat im Rahmen des Aktionsplans Klimaschutz beschlossen worden. Der Naturschutzfonds sei jährlich mit 100.000 EUR ergänzt worden, allerdings seien die Mittel lediglich bis Ende 2023 befristet. Hierbei sollten insbesondere die Pflege und der Erhalt von Streuobstwiesen erweitert werden. Die Personalstelle beinhalte einen kw-Vermerk bis 2024. Herr Berger habe seine Tätigkeit zum Zeitpunkt der Coronapandemie gestartet, was einige Schwierigkeiten mit sich gebracht habe. Allerdings habe er als Agrarwissenschaftler der Universität Hohenheim ein großes Netzwerk mitgebracht und sei zuvor in mehreren Stellen im Streuobstbereich tätig gewesen.

Der Fokus seiner Personalstelle liege nicht lediglich auf der finanziellen Förderung der Streuobstwiesen, so Herr Berger (AfU), sondern ebenso auf dem Vorhaben, die verschiedenen Akteure in Stuttgart zusammen zu bringen. Dieses beziehe sich nicht lediglich innerhalb auf die Bürgerschaft, sondern auch innerhalb auf die Verwaltung.

Daraufhin berichtet Herr Berger im Sinne der angehängten Präsentation. Er ergänzt in Bezug auf Folie 8, im Rahmen der Überarbeitung des Landesnaturschutzgesetzes (NatSchG) im Jahr 2020 sei den Streuobstbeständen durch das Erhaltungsgebot im § 33a NatSchG bereits ein gewisser Schutz auf Landesebene eingeräumt worden. Im Rahmen des Insektenschutzpakets der Bundesregierung hätten die Streuobstwiesen im Jahr 2022 den Status eines geschützten Biotops erhalten. Das landeseigene Erhaltungsgebot hebele bedauerlicherweise diesen Status aus. Aufgrund dieser rechtlichen Änderung ergebe sich für die Streuobstfachstelle ein erweiterter Arbeitsbereich.

Herr Berger führt hinsichtlich Folie 10 aus, in der LHS bestünden noch rund 120 Hektar klassische Streuobstwiesen. Davon befinde sich gut ein Drittel dieser Flächen im städtischen Eigentum. Bezüglich der auf Folie 15 abgebildeten Bäume erklärt er die Schwierigkeiten und Fehler bei deren Pflege. Dagegen befänden sich die auf dieser Folie abgebildeten gesund erscheinenden Bäume allesamt auf städtischen Flächen, wobei hier ebenso die geschilderten Probleme zutreffen würden. Hinsichtlich des auf Folie 21 aufgeführten Aspekts des Sortenerhalts betont Herr Berger, in diesem Zusammenhang bestehe eine kulturhistorische Verantwortung der LHS, da Stuttgart ein Zentrum der Obstbaumzucht und -forschung im 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts gewesen sei. Auf der Folie sei oben rechts eine Abbildung des Hofgärtners Johann Kaspar Schiller zu sehen - der Vater des Dichters Friedrich Schiller. Bei der ein Bild weiter unten abgebildeten Person handle es sich um Eduard Lucas, welcher an der damals noch landwirtschaftlichen Schule in Hohenheim gewirkt und vieles für die Obstbaumzucht geleistet habe. Alle die auf Folie 21 dargestellten Obstsorten seien in Stuttgart gezüchtet worden oder hätten einen Stuttgarter Bezug.

StRin Munk (90/GRÜNE) betont, der kw-Vermerk der Personalstelle von Herrn Berger müsse hinsichtlich der nächsten Doppelhaushaltsplanberatungen wegfallen. Die Probleme im Streuobstbereich könnten nicht innerhalb von eineinhalb Jahren gelöst werden. Die fachliche Expertise von Herrn Berger sei ein Glücksfall für die Stadt und sein Vortrag zeige, dass er sehr tief in die Thematik eingedrungen sei. Es seien sehr viele gute Vorschläge unterbreitet worden und es würde zu viel Zeit in Anspruch nehmen, auf alle einzelnen Punkte einzugehen. In Stuttgart bestünden zahlreiche Vermarktungsinitiativen und beispielsweise der neugegründete Ernährungsrat StadtRegion Stuttgart beschäftige sich sehr intensiv mit den entsprechenden Themen der regionalen Lebensmittelversorgung. Zudem stellten die Urban-Gardening-Projekte eine ausgeprägte Szene dar. Das Bedürfnis derjenigen Stuttgarterinnen und Stuttgarter, die sich stärker beteiligen wollten, jedoch hierfür keine Flächen besäßen, steige. Dies gelte ebenso für Food-Sharing-Initiativen. Es bestehe eine große Bereitschaft und ein hohes Engagement, hierbei ehrenamtlich und nicht unter dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit oder des Kommerzes tätig zu werden. Diese Initiativen suchten händeringend nach Kooperationen und ihre Fraktion wolle daher an die Verwaltung appellieren, mit diesem Personenkreis Kontakt aufzunehmen, um genau dieses von Herrn Berger angesprochene Bündnis zu unterstützen und die Obstbaum Börse zu stärken. Das Thema Schulung und Obstbaumpflege sei ebenso wichtig, wobei allerdings Unsicherheit bestehe, in welchen Bereichen die Bürgerschaft aktiv werden dürfe. In diesem Zusammenhang sei die "Gelbe-Bänder-Aktion" zwar positiv, jedoch wenig bekannt gewesen. Diese Aktion sei ein Beginn gewesen und werde sich weiter ausweiten. Die Aktion habe lediglich die Obsternte betroffen, allerdings würden auch Interessenten gesucht, die Obstbäume schneiden wollten. Obwohl eine Unterrichtung für die Baumpflege angeboten werde, trauten sich die Bürger*innen nicht, fremde Bäume zu beschneiden, da dies untersagt sei. Es stelle sich die Frage, ob die Möglichkeit bestehe, die Pflege beispiels-

weise über andere Bänderfarben zu regeln und hierfür weitere Mitstreiterinnen und Mitstreiter zu suchen.

Das Thema des Flächen- bzw. Naturschutzes sei grundsätzlich wichtig. Daher setze sich ihre Fraktion vehement dafür ein, die Freiflächen (u. a. Obsträume und Wiesen) zu erhalten, da sie ein hohes Kulturgut in der Stadt und der Region darstellten. Dabei gehe es ebenso um Biodiversität und Klimaschutz u. a. in Sinne von Versickerungsflächen. Dieser Aspekt sei bedauerlicherweise nicht allen Mitgliedern des Gremiums bekannt. Indem diese Flächen geschützt würden, werde Klimaschutz, Gewässerschutz und eine CO₂-Bindung betrieben, so StRin Munk. Daher unterstütze ihre Fraktion sehr das Engagement der Verwaltung für das Streuobst und die vorgeschlagenen Maßnahmen hierzu seien absolut sinnvoll. In Bezug auf das positive Projekt des Stuttgarter Apfelsafts weist StRin Munk auf die frühere Stadträtin Doris Peppler-Kelka (B90/Grüne) und die Stuttgarter Firma Fruchtsaft Mayer hin, die dieses Projekt damals initiiert hätten.

Er könne sich dem Lob seiner Vorrednerin anschließen, betont StR Sakkaros (CDU). Die Darstellung der aktuellen Situation der Streuobstwiesen sei alarmierend - unabhängig davon, ob sie sich in städtischem oder in privatem Eigentum befänden. Die befristete Personalstelle von Herrn Berger sei zu bedauern und dürfe nicht wegfallen. Angesichts des in der heutigen Sitzung dargestellten derart hohen Arbeitsaufwands äußert der Stadtrat die Bitte, zu den Doppelhaushaltsplanberatungen zum einen die Personalstelle zu entfristen und des Weiteren den Bedarf und die Maßnahmen festzulegen, wie die Streuobstwiesen aufgewertet werden könnten. Falls das zuständige Personal fehle, sei eine Nachbepflanzung nicht sinnvoll, da die Bäume nicht gepflegt und dadurch verkommen würden. Die Verwaltung habe berichtet, wie die Streuobstwiesen durch die private Hand besser gepflegt werden könnten. Er könne sich das Modell vorstellen, dass Landwirte mit finanzieller Unterstützung die angrenzenden Streuobstwiesen mitbetreuten. Schließlich verfügten die Landwirte oftmals über eine entsprechende Erfahrung und könnte diese Flächen betreuen.

StR Dr. Jantzer (SPD) betont, der Bericht habe einen guten Überblick über die Thematik gegeben und der Bedarf einer Stellenverlängerung sei hierbei deutlich geworden. Er habe die Ausführungen in der Art aufgefasst, dass der Bestand zunächst aufgenommen und analysiert werden müsse, was auch die richtige Herangehensweise darstelle. Allerdings fehle ihm ein greifbares Ziel für die nächsten zwei bis drei Jahre. Es seien zwar entsprechende Daten aufgezeigt worden, aber die genaue Gestaltung sei bei den eigenen städtischen Streuobstwiesen für ihn nicht nachvollziehbar gewesen, so der Stadtrat. Entsprechende Bedarfe sollten vor den nächsten Doppelhaushaltsplanberatungen geäußert werden. Frau Kübler ergänzt hierzu, die von Herrn Berger vorgenommene Bestandsaufnahme sei derart umfassend gewesen, dass nun erst die Maßnahmen fokussiert werden könnten.

Es sei eindrucksvoll geschildert worden, wie der Klimawandel Einfluss auf die Streuobstwiesen habe, so StR Gottfried (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei). Diese Situation werde sich zukünftig bedauerlicherweise nicht ändern. Ebenso werde deutlich, im welchem Maß die Zahl der Anträge in den letzten Jahren gestiegen sei. Daher könne seine Fraktionsgemeinschaft ebenso wenig wie seine Vorrednerin und seine Vorredner den kw-Vermerk nachvollziehen und es werde deutlich, dass Einigkeit in Bezug auf den Wegfall des kw-Vermerks bestehe. Auf seine Frage, ob Angaben über die Größe des dargestellten Flächenverlusts vorlägen, erklärt Frau Kübler, die Flächenverluste seien über Jahrzehnte hauptsächlich durch Bauleitplanung oder durch große

Infrastrukturmaßnahmen entstanden. Momentan sei der Schutzstatus der Streuobstwiesen u. a. durch das Naturschutzgesetz manifestiert worden, wodurch zukünftig vermutlich keine Flächen mehr verloren gehen würden. Der Status quo werde wahrscheinlich bestehen bleiben und es befänden sich sehr große Streuobstwiesen in Naturschutzgebieten, in denen ebenso keine Veränderungen stattfinden würden. Nun gehe es darum, die vorhandenen Bestände in einen guten Zustand zu bringen.

Für StR Gottfried stellt sich in Bezug auf die Streuobstwiesenbörse die Frage, ob die Verwaltung näher in die Zielgruppen wie z. B. in Vereine hineingegangen sei oder ob lediglich Pressearbeit betrieben worden sei.

StR Ozasek (PULS) betont, der Gemeinderat habe erhebliche Anstrengungen unternommen, das Thema Streuobst in das Bewusstsein zu rücken und zu stärken. Dies geschehe durch die Ausweisung der Top-Effizienz-Flächen und die Fachstelle, die den Wissenstransfer und die Akteursvernetzung betreibe, sowie die kürzlich gestartete Vermittlungsplattform. Das Thema "Work-Life-Balance" sei für viele Menschen ein zunehmend wichtiges Thema, da diese aktiv in der Natur arbeiten wollten und dies gut für die Gesundheit dieser Menschen sei. Eine umfassende Kommunikation in diesem Bereich sei zu begrüßen. Streuobst stelle das "klassischste" Agri-Forstsystem dar und sei ein zentraler Begriff in Bezug auf eine zukünftig klimaangepasste Landwirtschaft und Bodenbewirtschaftung. Dies betreffe ebenso das Thema der Bodendegradation bei klimabedingten Veränderungen. Agri-Forstsysteme leisteten Vieles für den Wasserhaushalt sowie das Klima und die Habitatfunktion sei sehr entscheidend. Daher müssten das Ökosystem und die Kulturlandschaft erhalten und geschützt werden, welche aufgrund der Klimaveränderung und der Wetterextreme unter Klimastress ständen. Ebenso seien die neuen Kalamitäten von Herrn Berger dargestellt worden. In diesem Zusammenhang stelle sich die Frage, welches der Zukunftsbaum in Bezug auf Stadt- und Straßenbäume sein werde, die besonders schwierigen Klimabedingungen ausgesetzt seien. Dies betreffe gleichermaßen Resistenzen und das Konfliktfeld mit dem Erhalt alter Sorten, welche mit den zukünftigen Klimabedingungen nicht mehr umgehen könnten. Herr Berger betont, alte Obstsorten seien nicht per se klimafest. Allerdings müssten sie dahingehend erhalten bleiben, damit möglicherweise ein Züchtungsmaterial erhalten bleibe. Ein typischer Zukunftsbaum im Bereich Streuobst existiere nicht. Bedauerlicherweise seien einige Entwicklungen in den letzten 20 Jahren versäumt worden, da die Züchtung bislang in einem großen Rahmen auf die Vermarktung und ein attraktives Aussehen des Obstes ausgerichtet gewesen sei und andere Aspekte nicht berücksichtigt worden seien. Jetzt erst seien die Züchtungsprogramme meist von staatlichen Stellen wieder angelaufen. Bis zu den ersten Ergebnissen werde eine lange Zeit vergehen und es sei zu hoffen, dass es dann nicht zu spät sei.

Für StR Ozasek ist die Organisation des Kompetenzaufbaus insbesondere in den städtischen Ämtern wie im Garten-, Friedhofs- und Forstamt sowie im Liegenschaftsamt wichtig. Vielfach betreffe dies auch naturschutzfachliche Kompensationsmaßnahmen, um das kommunale Ökokonto einzuhalten. In diesem Zusammenhang müsse eine gute Nachsorge und gute Pflege auf hohem Standard gewährleistet sein und dieses Ziel müsse in jedem Fall erreicht werden. Wünschenswerterweise solle die Verwaltung dem Gemeinderat Hinweise geben, in welchen Bereichen hierzu nachgesteuert werden müsse. In Bezug auf Kommunikation und Vermarktung sei im Umweltbeirat eine Exkursion u. a. zur Firma Fruchtsaft Mayer in Stuttgart durchgeführt worden, die sehr interessant gewesen sei. StR Ozasek schlägt daher vor, eine entsprechende Fachbereisung ebenso mit dem AKU durchzuführen, um in diesem Bereich einen tieferen

Einblick zu erhalten. Nach Auffassung des Stadtrats sei es beim Thema Vermarktung bezüglich des Apfelsafts und des Ciders wichtig, in der Kommunikation mit den Verbrauchern*innen zu signalisieren, beim Kauf dieses Apfelsafts oder des Ciders etwas Gutes für die Stadt und den Naturhaushalt zu bewirken. In diesem Zusammenhang solle ebenso die Vermarktung in der Gastronomie stärker in den Fokus gerückt werden. Es sei beispielsweise angemessen, bei den von der Stadt verpachteten Gastroflächen wie dem Ratskeller, dem MALO oder anderen in die Pachtverträge aufzunehmen, dass die angesprochenen Säfte oder auch Wein aus dem städtischen Weingut in die Speisekarte aufgenommen werden müssten. Dadurch würden Absatzwege geschaffen, die schlussendlich die Streuobstwiesen in der Stadt stärken. StR Ozasek spricht sich wie seine Vorrednerin und seine Vorredner dafür aus, die Personalstelle zu entfristen und die befristete Fördersumme in Höhe von 100.000 EUR zu verstetigen. Diese Anliegen würden im Rahmen der Doppelhaushaltsberatungen angegangen.

Die Verwaltung rege bei jeglicher Vermietung und Verpachtung an, die von StR Ozasek angesprochenen Produkte auf die Speisekarte der Gastronomiebetriebe zu setzen, so BM Fuhrmann.

StR Zaiß (FW) betont, die Arbeit hinsichtlich der Streuobstwiesen werde immer wieder verkannt. Insbesondere bei der Annahme, diese Arbeiten könnten lediglich in der Freizeit durchgeführt werden, führten diese Tätigkeiten zu einem Stress, den die Bürger*innen nicht mehr auf sich nehmen wollten. Es stelle sich dann die Frage, was mit dieser Freizeitbeschäftigung erreicht werden könne. Schließlich könne eine Streuobstwiese nicht als Freizeitgarten eingerichtet und genutzt werden, da dies untersagt sei. Daher müsse geprüft werden, ob eine entsprechende Nutzung an bestimmten Stellen erlaubt werden könne, sodass eine Familie, die eine Streuobstwiese betreue, einen geschützten Rahmen mit der Aufstellung von Schaukeln oder eines kleinen Gartenhauses erhalte. Dadurch könne eine gewisse Freizeitaktivität ermöglicht werden. Ebenso könne ein kleines Beet angelegt werden, in dem Gemüse angepflanzt werden könne.

In Bezug auf die Vermarktung müsse festgestellt werden, dass der Stuttgarter Apfelsaft nicht ausreiche, um in der gesamten Gastronomie zum zwangsweisen Verkauf angeboten werden zu können. Der Stuttgarter Apfelsaft sei zwar zu begrüßen und ihm sei die Fruchtsaftkellerei Mayer sehr bekannt, aber die Firma Mayer könne nur die Menge an Apfelsaft anbieten, die sie erzeuge. Der Preis sei entscheidend und angesichts der sehr günstigen Fruchtsäfte im Supermarkt müsse man sich wundern, dass die Menschen dennoch bereit seien, für Stuttgarter Apfelsaft etwas mehr Geld auszugeben und diesen jährlich auszuverkaufen.

Das Abernten von Bäumen mit gelben Bändern sei zwar zu begrüßen, allerdings werde angesichts der zahlreichen Personen mit gefüllten Tragetaschen in der Flur deutlich, dass diese nicht nur die Bäume mit gelben Bändern abgeerntet hätten, sondern auch andere Bäume, was ein großes Ärgernis darstelle. Daher sei es für viele Nutzer wenig motivierend, einen freistehenden Baum zu bewirtschaften. Eine Nachpflanzung von Obstbäumen sei nötig und könne von der Landwirtschaft durchgeführt werden, um eine funktionierende Streuobstwiese zu erhalten. Falls dies nicht schon immer der Fall gewesen wäre, würden keine Obstbäume mehr existieren.

Ein großes Problem stelle das Schnittgut dar, da keine Möglichkeit bestehe, dies ohne Probleme an einer Deponie zu entsorgen. Vielmehr müsse das Schnittgut beispielsweise zu den Komposthöfen in Degerloch oder Möhringen transportiert werden. Kleine Mengen könnten bei der Deponie Einöd in Hedelfingen angegeben werden. Ein Anhänger von Schnittholz könne bei den Deponien nur schwerlich untergebracht werden, da häufig eine Gewerblichkeit unterstellt werde, da eine landwirtschaftliche Zugmaschine und ein Anhänger zum Transport eingesetzt würden. Auch die vernünftige Entsorgung der Wurzelstöcke von Rebholz könne von der Stadt nicht geleistet werden, obwohl Hackschnitzelanlagen u. Ä. vorhanden seien. Falls diese Problematik gelöst werden könne, würde dies den Streuobstbau begünstigen.

Dieser Aspekt stelle ein wichtiges Thema dar, so Herr Berger. Aufgrund des Organisationswechsels bei den Kompost- und Häckselplätzen, die von dem bislang zuständigen Garten-, Friedhofs- und Forstamt zur Abfallwirtschaft Stuttgart (AWS) gewechselt seien, hoffe er auf eine bessere Lösung. Er selber habe bei Schnittaktionen erleben müssen, dass die Beteiligten nur 2,5 m³ Schnittgut hätten anliefern dürfen. Selbst mit einem Schreiben des Amts für Umweltschutz mit der Bestätigung, das Schnittgut stamme im Rahmen einer Förderung von städtischen Flächen, seien die Beteiligten zurückgewiesen worden.

Frau Kübler betont, in einem Gespräch mit Herrn Töpfer (AWS) sei die Möglichkeit einer Einrichtung dezentraler Sammelplätze für Schnittgutmaßnahmen in der Stadt diskutiert worden. Herr Töpfer habe dabei ausgeführt, dies könne die AWS nicht alleine leisten, sondern nur in einer Kombination mit externen Anbietern. Herr Berger ergänzt, die in den Nachbarkreisen laufenden Projekte seien in der Art organisiert, dass externe Dienstleister das Schnittgut abholten. Die Landkreise bzw. die Abfallwirtschaftsbetriebe würden dies lediglich koordinieren und die Plätze säubern.

StR Zaiß betont, die Fördersätze stellten im Bereich Streuobst eine Nebensächlichkeit dar, was an den Förderbeträgen und an der Anzahl der Förderanträge deutlich werde. Es gestalte sich zu umständlich, einen Förderantrag von 20 EUR pro Baum zu stellen. Daher werde oftmals auf einen Antrag verzichtet und der Baum dennoch gepflegt. Ebenso sollten nicht lediglich Habitatbäume herausgesucht werden. Herr Berger betont hierzu, eine seiner ersten Aufgaben sei die Prüfung der Fördersätze gewesen. Schon damals sei er erstaunt gewesen, wie hoch die Sätze gewesen seien. Allerdings hätten die Fördersätze schlussendlich nicht mehr die Realität wiedergespiegelt. Da ein neuer Hochstamm damals 40 EUR gekostet habe und heute 60 EUR koste, reiche eine Förderung von 40 EUR für die komplette Pflanzung mit dem entsprechenden Zusatzmaterial nicht aus. Er widerspricht der Aussage von StR Zaiß, dass die 20 bzw. 40 EUR Fördersumme lediglich "ein Nasenwasser" sei. Im Vergleich gewähre das Land für die vielbeworbene Landesbaumschnittförderung eine Förderung von lediglich 30 EUR auf fünf Jahre. Daher sei die LHS mit ihrem Förderprogramm deutlich besser aufgestellt. Das Förderprogramm solle den im Streuobstbereich bereits engagierten Personen eine Wertschätzung entgegenbringen. Wie von StR Zaiß ausgeführt, sei dies oftmals zwar die Personengruppe, die ohnehin die Obstbäume schneide, aber es liege bei Neupflanzungen von Bäumen der Trend vor, dass neue Menschen dazukämen. Es lägen teilweise sowohl Förderanträge über mehre 100 oder mehre 1.000 EUR für hunderte Bäume als auch eine Einzelbaumförderung vor.

Grundsätzlich sei zu hoffen, dass die Personalstelle nicht mehr befristet werde, ergänzt StR Zaiß.

Für StRin Fischer (90/GRÜNE) stellt sich die Frage des weiteren Vorgehens. Das Handlungsfeld für eine rascheste Umsetzung beziehe sich auf die städtischen Streuobstwiesen. Hierzu seien Vorschläge wie die Pachtauflagen und die Kontinuität beim Schnitt unterbreitet worden. Während zudem mittelfristige Ziele gesetzt werden müssten, für die entsprechende Ressourcen nötig seien, seien ebenso langfristige Ziele nötig. Die Stadträtin schlägt die Erstellung einer Mitteilungsvorlage vor, damit im Rahmen eines Fahrplans Klarheit für die zahlreichen Ämter und Institutionen über die weiteren Umsetzungsschritte geschaffen werden könnte. Frau Kübler betont, diese Anregung werde die Verwaltung gerne aufnehmen und in die Vorlage die Ziele, die Schwerpunkte und die raschen Umsetzungsmöglichkeiten aufnehmen.

Frau Kübler betont, sie habe vor dem Hintergrund des schlechten Zustands der Streuobstwiesen schon beim Start der Urban-Gardening-Projekte in Erwägung gezogen, die Teilnehmer*innen der Projekte an der Pflege der Streuobstwiesen zu beteiligen. Allerdings sei dieses Vorgehen damals schwierig gewesen. Dennoch werde aktuell der Kontakt zu den entsprechenden Initiativen aufgenommen. In Bezug auf das Urban Gardening und die Initiativen ergänzt Herr Berger, einzelne Initiativen hätten sich an die Verwaltung gewandt und diese Institutionen würden gefördert und sachlich unterstützt. Falls sich beispielsweise lediglich zwei von zwanzig Personen für die Pflege eines Streuobstbaumes interessierten, wäre dies schon ein Erfolg. Weiterhin finde eine Überalterung der Gesellschaft statt und dies sei u. a. eine Ursache für den schlechten Pflegestatus der Streuobstwiesen. Allerdings sei mittlerweile ein leichter Gegentrend zu erkennen und er hoffe daher auf die "Baby-Boomer-Generation", so Herr Berger. Falls diese Personen in den Ruhestand gingen, suchten sich diese ein Betätigungsfeld und bildeten sich fachlich weiter. Die Einbindung der Landwirtschaft in die Pflege der Streuobstwiesen könne lediglich über einen Dialog erfolgen. Beispielsweise werde daher in Kürze ein Treffen mit den Filder-Landwirten stattfinden, in dem besprochen werden solle, wie diesbezüglich im Gebiet um Möhringen und Plieningen weiter vorgegangen werden solle. Oftmals sei das Interesse an den Obstbäumen aufgrund der Erzeugung von Fruchtsäften noch vorhanden.

In Bezug auf die gelben Bänder besäßen die städtische Obstbauberatung und er selber eine sehr kritische Einstellung, so Herr Berger. Von der Idee her sei dieses Projekt zu begrüßen, allerdings stelle es in der Praxis einige Probleme dar. Das Angebot der gelben Bänder werde von privaten Obstbaumbesitzern in der LHS und in den Nachbarkommunen nahezu nicht nachgefragt. Der Boom der gelben Bänder beruhe in der letzten Zeit darauf, dass die Kommunen ihre eigenen Obstbäume markierten und somit freigäben. Dies geschehe oftmals jedoch nicht aufgrund der Überzeugung der Fachleute, sondern da es von der Öffentlichkeit gefordert werde. Es bestünden im kleinen Rahmen einige Baumpatenschaften. Zumindest auf den Fildern seien einige Flächen vom Garten-, Friedhofs- und Forstamt an Schulklassen, Kindergärten und Privatpersonen vergeben worden. Dieses Angebot müsse professionalisiert werden, allerdings sei die Stadt zu groß, um derartige Projekte im gesamten Stadtgebiet umzusetzen. Es könne somit lediglich in einigen Stadtbezirken gestartet werden.

Da keine weiteren Wortmeldungen geäußert werden, stellt BM Pätzold Kenntnisnahme des Berichts durch den Ausschuss für Klima und Umwelt fest.

Zur Beurkundung

Haupt / as

Verteiler:

- I. Referat SWU
zur Weiterbehandlung
Amt für Umweltschutz
Amt für Stadtplanung und Wohnen (5)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. S/OB
Stabsstelle Klimaschutz
 3. Referat T
Garten-, Friedhofs- und Forstamt (2)
 4. Stadtkämmerei (2)
 5. Amt für Revision
 6. L/OB-K
 7. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. *CDU-Fraktion*
 3. *SPD-Fraktion*
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
 5. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 6. *FDP-Fraktion*
 7. *Fraktion FW*
 8. *AfD-Fraktion*
 9. *StRin Yüksel (Einzelstadträtin)*

kursiv = kein Papierversand